

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis: Vierteljährlich 2.50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes finden nicht statt

Schriftleitung u. Verlagsstelle: Leipzig
Seißer Straße 30, IV, Ausgang B und C. Ruf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8 gespaltene Zeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheck Leipzig 56383. Kassierer: L. Geiß, Leipzig C1, Zeißer Str. 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Sonnabend, den 11. Februar 1933

Nummer 6

Zusammengeballte Reaktion

Seit längerer Zeit ist man in Deutschland daran gewöhnt, daß aller paar Monaten in den Tageszeitungen eine sogenannte Galerie schöner Männerköpfe auftaucht, und liest man den dazugehörigen Text, dann wird man belehrt, daß diese mehr und weniger schönen Köpfe die neue Reichsregierung repräsentieren. Auch Ende Januar konnte man wieder, und zwar ganz plötzlich von einem Tag zum anderen, eine solche Galerie mit ganz besonderen und eigenartigen Männerköpfen in den Tageszeitungen anschauen — Deutschland hat abermals eine neue Reichsregierung. Mancher Staatsbürger wird sich gefragt haben: Wieso und warum dieser plötzliche Wandel?

Wegen der Plötzlichkeit schwirren allerhand Gerüchte in der Welt umher, sie kommen sogar über England nach Deutschland wieder zurück und munteln von einem geplanten Militärputsch, bevor die jetzige Regierung zustande kam. Dieser Plan soll die ehemals feindlichen Brüder des neuen Nationalgeistes recht schnell so verträglich gestimmt haben, daß ihre Wortführer sich in die Sessel der Reichsminister setzen konnten. Ob an den Gerüchten über den geplanten Putsch etwas Wahres ist, läßt sich zur Zeit mit Bestimmtheit nicht sagen. Obgleich solche Abstriche für die Möglichkeit der Regierungsbildung eine Erklärung sein könnten. Im übrigen ist es für unsere Verbandsmitglieder sicherlich kein Geheimnis, daß die ostpreussischen Großagrarier, die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, hohe Militärs und Beamte, die Deutschnationalen um Hugenberg, der Stahlhelm und schließlich die Nationalsozialisten mit Macht und Autorität sich daran arbeiteten, die Staatsstricke zu lockern oder von dieser mindestens subventioniert zu werden. Die bisher im dunkeln wirkenden Kräfte stehen mit einemmal mit allen Konsequenzen der Verantwortlichkeit belastet im vollsten Rampenlicht der Öffentlichkeit. Der Stoß gegen von Schleicher gelang, weil auch der Reichspräsident dessen Rücktritt genehmigte. Adolf Hitler ist endlich auf den Reichstanzler-Sitz geklettert und wird nun zu beweisen haben, was sich von den Versprechungen in den Versammlungen der Nazis verwirklichen läßt.

Es ist in der Tat ein merkwürdiges Gespann, das den Wagen des Deutschen Reiches jetzt vorwärts bewegen soll. Hitler-Papen-Hugenberg werden alle drei Rutscher auf diesem Wagen sein wollen, während die übrigen Neuen im Ministerium, wie Friedl, Göring und Selbte, die Spanndienste leisten. Von Papen ist Vizkanzler und Kommissar für Preußen geworden, von ihm wird behauptet, daß er während der Regierung von Schleicher die Dienstwohnung des Reichstanzlers weiter bewohnt hat. Wahrscheinlich hat er gewünscht, daß er bald wieder eine Mission bekommt.

Vom alten Kabinett sind geblieben der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk, der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und der Reichsverkehrsminister Freiherr von Ribbentrop. General von Blomberg wurde Reichswehrminister. Geblieben ist auch der Arbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gereke. Es wird wohl ein Witz der Weltgeschichte bleiben, daß ausgerechnet ein Selterwasserfabrikant im Kabinett Hitler zum Reichsarbeitsminister auserwählt wurde. Die Gewerkschaften werden mit ihm schon ein längeres wagen, wenn er es unternehmen sollte, in das feine Gefüge der Sozialpolitik mit rauher Hand einzugreifen. Die Millionen Reichswähler aus den untersten Schichten sind für diesen Mann und für den reaktionären Umschlag überhaupt verantwortlich.

Die Haltung der Gewerkschaften

Am 31. Januar trat der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer 13. Sitzung zusammen. Der Kollege Leipart gab einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am Sonnabend und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Leipart erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Im November lehnte Hindenburg es ab, Hitler ein Präsidialkabinett anzuerkennen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als damals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, daß er keine parlamentarische

Die neue Regierung hat nach ihrem Antritt höchst loyale Versicherungen gegenüber der Presse abgegeben. Man plane weder ein Verbot der KPD, noch wolle man gegen die Verfassung regieren. Solche Versicherungen sind Zwirnsfäden, die leicht zerrissen werden können. Die Erinnerungen an die Drohungen und Verwünschungen von Betenntnissen zur Gewalt und Diktatur sind in uns noch immer lebendig. Wir stehen jedenfalls einer geballten Reaktion gegenüber, die neben der Macht des Staates noch eine Privatarmee in Bereitschaft hält. Bisher ist noch nie einem Kapitalisten ein Leid geschehen. Aber zahlreiche deutsche Arbeiter mußten im Kampfe gegen den vordringenden Faschismus ihr Leben lassen. Für die zukünftige Entwicklung ist neben der neuen Regierung auch der Reichspräsident verantwortlich. Er insbesondere steht dem deutschen Volke als der Hüter der Verfassung gegenüber.

Nun hat die neue Regierung auch schon etwas getan, nicht etwa zur Beschleunigung von Arbeitsbeschaffung, nein, sie hat am 1. Februar die Auflösung des Reichstages verfügt und Neuwahl auf den 5. März angelegt. Sie glaubt jedenfalls bei diesen Wahlen einen solchen Zulauf von Wählern zu bekommen, um sich im neuen Reichstag auf eine sichere Mehrheit stützen zu können. Es liegt natürlich am Arbeitsvolk, durch diese Rechnung von Hitler-Papen-Hugenberg einen dicken Strich zu ziehen, und was wir dazu beitragen können, wird selbstverständlich gemacht.

Der neue Reichstanzler hat auch bereits „zum Volk“ im Rundfunk geredet. Dort wurde bekanntlich schon manche Ansprache von Regierungsmännern gehalten, aber wir müssen schon sagen, daß uns selten eine so enttäuscht hat, wie die des neuen Reichstanzlers. Schon die Art, wie die Ansprache runtergerastelt wurde, das Klang, als wenn man einen Sack Kartoffeln auf eine lange Holzterasse ausschüttet. Boshafte Hörer meinten sogar, man höre aus dem Aktent heraus, daß der Sprecher noch gar nicht allzu lange die deutsche Staatszugehörigkeit erworben hat. Doch mag dem nun sein, wie es will, uns interessiert vor allem der Inhalt der Ansprache, und der enthielt so allerhand geschichtliche Schiefheiten, wenn nicht gar Unrichtigkeiten, die besonders den Hörern zum Bewußtsein kamen, die seit 1914 bis heute diese schwere Zeit als erwachsene Vernunftmenschen mit erlebt haben. Wohl kann eine Ansprache „an das Volk“ parteipolitisch gefärbt sein, aber sie darf keine geschichtlichen Verrentungen enthalten. Wenigstens ein Reichstanzler, der für das ganze Volk da sein soll, muß sich davon freimachen können. Hier nützt von uns kein Stohfseufzer, etwa wie „Armes Deutschland“, sondern das Gelöbnis mit dem festen Willen: Diese Regierung mit Adolf Hitler an der Spitze muß am 5. März durch das Wahlergebnis auf dauernd wieder in die Verrentung verschwinden, aus der sie so dreist herausgeklettert ist.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen haben in einem Aufruf an ihre Mitglieder die entscheidende Schicksalsstunde für Demokratie und Verfassung festgelegt. „Die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse“, so heißt es dort, „stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot.“ Dieser Mahnung der Spitzenverbände werden die Gewerkschaftsmitglieder Folge leisten, weil sie wissen, in der Vergangenheit noch andere Situationen gemeistert zu haben, wie die jetzige. Der nächste Artikel, „Haltung der Gewerkschaften“, bringt das ebenfalls zum Ausdruck.

Mehrheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerschaft Anspruch erhebe. Jetzt war hiernon keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, daß der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon gestern von dem Gedanken an ein solches Ermächtigungsgesetz geredet worden. Was von dieser Regierung sozialpolitisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Krisenministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Persönlichkeit wie dem Staatssekretär Griesler läßt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministerium Hugenberg läßt keinen Zwei-

fel, wohin der Kurs geht. Keine staatliche Lohnpolitik mehr, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten.

Die Arbeiterkraft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterkraft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie jeither. Organisation — nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Lösung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Grämann ergänzte den Bericht durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisation, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterkraft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßt.

Die Aussprache ergab in eindrucksvoller Weise die einmütige Uebereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Es verheißt sich von selbst, daß die Zusammensetzung dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterkraft, soweit sie den Geist der

deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschildert ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber jachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterkraft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterkraft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, das keiner großen Geste bedarf und der Disziplin der Arbeiterkraft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart faßte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag — in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen — eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Kumpfkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne herausholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterkraft widersprechen — die deutsche Arbeiterkraft weiß nicht nur aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht erschüttern, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unserer Organisationen enttremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterkraft und ihre Organisationen überwinden können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.

Die erste Tat der Hitler-Regierung

Als am 30. Januar etwas plötzlich Herr Adolf Hitler zum Reichstanzler eines im wesentlichen von den Erzreaktionären Hugenberg-Papen geführten Kabinetts ernannt wurde, da wartete das ganze deutsche Volk gespannt auf die Taten der neuen Regierung. Hitler und seine Anhänger hatten ja immer wieder angekündigt, daß sie die fertigen Rettungsprogramme in der Tischschublade parat hätten, und daß man ihnen die Macht nur übergeben müsse, damit alle Not ein Ende habe. Und womit begannen sie nun ihre Ketterei? Werden die Trufts sozialisiert (Artikel 13 des nationalsozialistischen Programms)? Ist die Verordnung über die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben schon fertig (Artikel 14)? Wird die Altersversorgung großzügig ausgebaut (Artikel 15)? Werden die Bank- und Börsengeschäfte enteignet, die Steuern gelockert, der Mittelstand geschützt, der Landwirtschaft zu neuer Blüte verholfen? Dürfen sich die Hausbesitzer über eine neue Mietpreiserhöhung freuen oder die Mieter über eine Mietpreissenkung? Wird der Bodenansatz abgeschafft, werden die sozial-reaktionären Notverordnungen aufgehoben? Werden die Lohnkürzungen, die Herabsetzungen der Unterstützungssätze beseitigt? Wird der Verfall der „Schandverträge“ zerrissen? Wird der „deutsche Arbeiter der Stirn und Faust“ vor der Ausbeutung durch das Finanzkapital geschützt? Wird die Arbeitslosigkeit beseitigt?

So mußte man sich doch ganz unwillkürlich fragen, wenn man die nationalsozialistischen Versprechungen aus ihren Versammlungen und ihren Zeitungen noch im Ohr hatte. Von alledem geschah nichts. Die erste Tat der neuen Regierung sieht ganz anders aus. Der bisherige Staatssekretär des Arbeitsministeriums Dr. Griesler wurde von dem neuen Arbeitsminister, dem Stahlhelmführer Selbte, sofort aus dem Ministerium hinausgejagt. Selbte ließ Dr. Griesler, der seit 1920 an führender Stelle im Reichsarbeitsministerium tätig und als einer der ersten Fachleute der deutschen Sozialpolitik angesehen werden kann, mitteilen, daß er sofort sein Rücktrittsgesuch vorzulegen habe. Staatssekretär Griesler hat darauf folgendes Entlassungsgesuch eingereicht:

Herr Minister! Sie haben mir nahelegen lassen, daß Sie meinen Rücktritt wünschen. Da meine Dienste von der neuen Regierung nicht mehr gewünscht werden, bitte ich hiermit um meine Entlassung.

Griesler war ein alter Beamter. Nicht einmal das reaktionäre Kabinett Papen wagte ihn zu entfern. Griesler ist alles eher als Sozialist. Aber er ist ein entschiedener Verteidiger der Sozialversicherung und hat sich noch vor wenigen

Tagen mit folgenden Worten zur Sozialpolitik bekannt:

Ihrem Wesen nach ist Sozialpolitik Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Sie ist die Grundlage von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und Quelle für die Erneuerung gesellschaftlicher Kräfte.

So etwas darf man unter dem „Volkstanzler“ Hitler nicht mehr bekennen. Da heißt es strammstehen vor den Scharmachern. Wer auch nur im leisesten für die Arbeiterkraft eintritt, mit dem wollen die Hitler, Hugenberg, Selbte, Papen, Friedl und Göring nichts zu tun haben.

Silliose Wirtschaft

„Die Silberstreifen sind da!“ So jubelten noch vor wenigen Monaten die zünftigen Wirtschaftswissenschaftler. Man sagte uns: Nachdem es jahrelang bergab ging, hat die Weltwirtschaft einen Halt gefunden. Wir rutschen nicht weiter ab. Die Warenpreise ziehen auf dem Weltmarkt an, die Börsen mittern Morgenluft, die Effektenkurse steigen. Gewisse Aufschwungstendenzen machen sich im weltwirtschaftlichen Warenverkehr bemerkbar. Der Geldmarkt ist flüssig geworden. Das Tagesgeld in Paris für ½ Prozent, in Amsterdam für ¼ Prozent, in London für ¼ bis 1 Prozent, in Neuyork für ¼ bis ½ Prozent zu haben.

So ungefähr lautete die Diagnose der Wirtschaftswissenschaftler. „Nun geht's wieder los“ erklärten sie. Alle Vorzeichen deuten auf neuen Aufschwung. So ist es immer gewesen. Auf Regen folgt Sonnenschein. Auf die Krise folgt ein neuer Aufschwung. Infolge der Schrumpfung der Produktion braucht die Wirtschaft nicht mehr so viel Betriebskapital. Geld wird frei. Geld wird billig. Mit dem billigen Geld kann man billiger produzieren. Man will den Anschluß nicht verpassen, schafft sich für die kommende gute Konjunktur neue Maschinen an, mit denen man billiger fabrizieren kann. Mit billigen Preisen kann man seine Konkurrenten aus dem Felde schlagen, — wenn es wieder los geht. Die Menschen kaufen, angereizt durch die billigen Preise, wieder neue Waren.

Im Herbst des Unheils 1932, als der Herr Reichstanzler von Papen mit kräftigen Worten und schlechten Taten die Wirtschaft ankurbelte, war es ähnlich so. Und wie sieht es heute aus? Heute erkennt man, daß die Kurbel zwar feste gedreht wurde, aber daß der Motor nicht gezündet hat. Der Wirtschaftswagen kommt nicht aus dem

Dred heraus. Man gesteht zu, der Konjunkturaufschwung ist ausgeblieben. Das Institut für Konjunkturforschung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß in Deutschland die Krise im wesentlichen überwunden sei, daß die Talsohle erreicht ist, und daß der Konjunkturaufschwung beginnen kann. Immerhin etwas! Es sagt dann weiter, wir hätten ein Wunder erlebt. Die Konsumgüter-Produktion sei stark erhöht bei gleichzeitig weiter sinkendem Massentoniem. Sicher ein Wunder für die künftige Wirtschaftswissenschaft. Auch für uns ein Wunder? Schließlich brauchen die Menschen trotz aller Not doch noch etwas zum Leben. Die Läger wurden wieder aufgefüllt. Vielleicht gab es auch wirklich in Deutschland Fabrikanten, die an den Erfolg der Ankurbelung des Herrn von Papen geglaubt haben.

Wir Gewerkschafter sind nun einmal so töricht, an unserem Glauben festzuhalten, daß eine Wiederankurbelung der Wirtschaft erst dann eintreten kann, wenn der Masse die Möglichkeit zum Kaufen gegeben wird — wenn der Lohn- und Sozialraub, der von den Kapitalisten gefordert und von ihren Regierungen durchgeführt worden ist, wieder gutgemacht wird. Wir sehen andererseits, daß der Wiederaufstieg aus dieser Krise niemals vom Unternehmer aus kommen kann, weil der Unternehmer — und das ist der gewaltige Unterschied zwischen früher und heute — kein Geld braucht, um sich für eine neue Konjunktur zu rüsten. Der technische Apparat ist so ausgebaut, daß damit das doppelte und dreifache von dem produziert werden kann, was heute abgesetzt wird. „Die Aussicht auf neue Investitionen, die einen nachhaltigen Umschwung herbeiführen könnten, ist zur Zeit noch gering“, sagt das Konjunkturinstitut. — „Ist zur Zeit noch gering“, ist recht vorsichtig ausgedrückt. Man sollte es doch offen aussprechen, diese Aussicht ist so gut wie gar nicht vorhanden. Die Unternehmer können das Geld gar nicht gebrauchen, trotzdem es noch nie so billig war wie heute. Im Gegensatz zu früheren Krisen kann von dieser Seite keine Rettung kommen.

Die geringen Besserungsercheinungen, die man glaubt in Deutschland an Hand der Arbeitslosenziffern, der Produktionsstatistiken usw. feststellen zu müssen, zeigen sich im wesentlichen als Folgen der Morphiumspritzen, die dem kranken Wirtschaftskörper aus öffentlichen Mitteln gegeben worden sind. Mit solchen Mitteln allein ist aber der Patient nicht zu kurieren. Der Patient hungert. Die Gesundung kann deshalb nur über den hungernden Magen des kleinen Mannes gehen. Wo sind die Wirtschaftsprüfer, die den Wirtschaftsführern und den maßgebenden politischen Männern endlich zurufen: „Jawohl, die Gewerkschaften hatten recht. Die Lohntheorie der Gewerkschaften ist richtig! Die Kaufkraft muß gestärkt werden. Nur wenn die Forderungen der freien Gewerkschaften auf Hebung der Kaufkraft der Massen verwirklicht werden, können wir damit rechnen, daß die Fieberkurve fällt, der Patient sich erholt und eine Wendung zum Guten kommt.“

Wenn wir uns im Kreise der deutschen Wirtschaftswissenschaftler umsehen, so finden wir nur wenige, die sich zu einer solchen Auffassung durchgerungen haben. Ford erzählt in seinen Büchern, daß er es sich zur Gewohnheit gemacht hat, um von der Tradition loszukommen und um die Menschen aus alten unbrauchbaren Gleisen herauszubringen, stets junge Kräfte mit der Erfindung neuer Produktionsmethoden zu betreiben, junge Kräfte, die von der bisherigen Herstellungsart keine Ahnung hatten. So beschäftigte er jahrelang mit der Erfindung einer neuen Art Spiegelglas herzustellen einen Mann, der mit der Glasfabrikation nie etwas in seinem Leben zu tun gehabt hat. Wie wäre es, wenn an die Stelle der jüngstlichen Gelehrten der Wirtschaftswissenschaft einmal junge Gewerkschaftsfunktionäre gesetzt würden, damit diese von hohen Stühle der Weisheit die Wirtschaft beratend beeinflussen könnten. Vielleicht gelänge es dann, die Wirtschaftswissenschaft aus den sich als unbrauchbar erwiesenen alten Gleisen heraus auf neue Wege zu bringen. Vielleicht wäre es so zu erreichen, daß die Herren Professoren in Deutschland nicht noch mehr Vorzellan zerbrechen, als sie es bisher schon getan haben. Johann Grottrup.

Der Schlaf als sozialistisches Problem

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ machte kürzlich der Bonner Mediziner Professor Poppelreuther auf den Schlaf als sozialpolitisches Problem aufmerksam. Er sagt u. a.: „Würde heute in Deutschland durch Einwirkung eines Zauberkraftes die Schlafdauer der Menschen um 30 v. H. heraufgehoben, dagegen die Dauer der Arbeitszeit allgemein um 30 v. H. gesenkt, dann gäbe es keine Arbeitslosen und keine überflüssigen Akademiker mehr.“ Poppelreuther kommt dann darauf zu sprechen, daß der schlafende Mensch weniger zu essen braucht, weniger Wärme, weniger Licht usw., worauf wir weiter nicht eingehen wollen. Ferner erklärt er, „daß die empirische Regel richtig sei, welche von den marxistischen Gewerkschaften auf die Gleichung gebracht wurde: 8 Stunden Arbeit — 8 Stunden Schlaf — 8 Stunden Freizeit.“ Prof. Poppelreuther tritt dann dafür ein, die Arbeits- und Geschäftszeit so zu verlegen, daß ein längerer Schlaf möglich ist. Dies könne am besten durch späteren Arbeitsbeginn geschehen, „denn es ist schon psychologisch viel einfacher, die Menschen zu einem längeren Schlafen als zu einem früheren Schlafengehen zu veranlassen.“ Nachdem ich seit zwei Jahren bei mir, meiner engeren Umgebung und Patienten systematische Versuche gemacht habe, glaube ich sicher den Satz aufstellen zu können, will man verlängerte Schlafdauer, der spätere Morgenbeginn sich als das leichtere Mittel ergibt. Hier kann die Industrie führend vorgehen, indem sie überall da, wo es dringend möglich erscheint, für einen verspäteten, morgendlichen Arbeitsbeginn eintritt. Besonders bei der Arbeitsregelung muß zur Regel werden, daß nicht früher aufgehört, sondern später angefangen wird. Von dem Wert „Morgenstund hat Gold im Mund“ ist zur Zeit sicher das Gegenteil richtig.

Die Anregungen des Herrn Professor Poppelreuther sind erwägenswert. Die Bergwerks-Zeitung bezieht sich, hinzuzufügen, daß sie sich mit dem Inhalt des Artikels nicht identifizieren wolle. Sicher können wir auch als Gewerkschafter nicht mit allem einverstanden sein, aber daß die Zeit des Schlafes und der Ruhe ein sozialpolitisches Problem ist, steht fest.

Statutenänderungsanträge des Verbandsvorstandes

In gemeinsamer Vorstand- und Ausschußsitzung kamen folgende Statutenänderungsanträge zustande:

§ 2 (Aufgaben des Verbandes).

Abf. 1, 2. Satz: Der Verband erstrebt die Verallgemeinerung des Zeitlohnsystems, die Einführung der 40-Stunden-Woche mit einer täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden und die allgemeine Feriengewährung.

§ 3 (Mitgliedschaft).

Abf. 4, 4. Satz: Nach 78wöchiger voller Beitragsleistung wird ein Mitgliedsbuch ausgestellt.

Abf. 6: Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf. 100 Pf. für weibl. und jugendliche Kollegen 30 Pf. 50 Pf.

§ 4 (Beiträge).

Zeitlehn oder Akkordlohn pro Stunde	Mindestbeiträge	Hauptkategorie		insgesamt
		Hauptkategorie	Nebenkategorie	
35 bis 40	20/10	5	35	40
41 bis 45	25/10	5	40	40
46 bis 50	30/10	5	45	50
51 bis 55	35/10	5	50	60
56 bis 60	40/10	5	55	60
61 bis 65	45/10	5	60	70
66 bis 70	50/10	10	70	70
71 bis 75	55/10	10	75	90
76 bis 80	60/10	10	80	90
81 bis 85	65/10	10	85	100
86 bis 90	70/10	10	90	100
91 bis 95	75/10	15	100	110
96 bis 100	80/10	15	105	110
101 bis 105	85/10	15	110	120
106 bis 110	90/10	15	115	120
111 bis 115	95/10	20	125	130
116 bis 120	100/10	20	130	130
121 bis 125	105/10	20	135	150
126 bis 130	110/10	20	140	150
131 bis 135	115/10	25	150	160
136 bis 140	120/10	25	155	160
141 bis 145	125/10	25	160	160
146 bis 150	130/10	25	165	170
151 bis 155	135/10	25	170	170
156 bis 160	140/10	25	175	180
161 bis 165	145/10	30	185	180
166 bis 170	150/10	30	190	190
171 bis 175	155/10	30	195	190
176 bis 180	160/10	30	200	210
	165/10	35	210	210
	170/10	35	215	220
	175/10	40	225	220
	180/10	40	230	230

Abf. 2. Erwerbslose (kranke und arbeitslose) Mitglieder zahlen, soweit sie zum Bezüge der Erwerbslosenunterstützung des Verbandes noch nicht berechtigt oder ausgesteuert sind, einen wöchentlichen Hauptkassenbeitrag von 10 Pf. und einen Nebenkassenbeitrag von 5 Pf., zusammen also 15 Pf., welcher mit einer Erwerbslosenmarke quittiert wird. (Die beitragsfreie Marke kommt ab 1. Juli 1933 in Wegfall.)

§ 5 (Streitunterstützung).

Abf. 1, 3. Satz. Die tägliche Streit- und Gemahregelunterstützung beträgt nach Leistung von 26 vollen Wochenbeiträgen den 2/3fachen, von 26 vollen Wochenbeiträgen den 2/3fachen, von 364 vollen Wochenbeiträgen den 3fachen Durchschnittsbeitrag der letzten 26 vollen Hauptkassenbeiträge. Weniger als 26 Wochen Organisierte erhalten bei 1 bis 12 vollen Beiträgen das 1/3fache, bei 13 bis 25 vollen Beiträgen das 1/2fache des Durchschnittsbeitrages.

Abf. 2, 2. Satz. Die Unterstützung für jedes Kind unter 14 Jahren beträgt pro Tag 30 Pf., pro Woche 1,80 RM.

Abf. 7. Gemahregelunterstützung wird vom 1. Tage bis zur Höchstdauer von 13 Wochen gewährt. Bezieht der Gemahregelte Mu, Au oder Wohlh., so ermäßigt sich die Gemahregelunterstützung um die Hälfte.

Erwerbslosenunterstützung.

Abf. 10. Als Höhe der täglichen Unterstützung gilt der Durchschnittsbeitrag der letzten 26 vor Eintritt des Unterstüfungsfalles geleisteten vollen Hauptkassenbeiträge.

Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt nach Leistung von 78 vollen Beiträgen 18 Tage, nach Leistung von 260 vollen Beiträgen 27 Tage, nach Leistung von 520 vollen Beiträgen 36 Tage.

Abf. 11. Die jeweilige Gesamtunterstützung kann innerhalb 1 1/2 Jahr (65 Wochen bzw. in dem Zeitraum der zuletzt geleisteten 60 vollen Beiträge) nur einmal bezogen werden.

Die Unterstützungsperiode beginnt mit dem jeweiligen ersten Unterstüfungstage. Von diesem Tage ist mindestens 65 Wochen bzw. bis zu 60 vollen Beiträgen zurückzuzurechnen. Die in dieser Zeit bereits bezogene Erwerbslosenunterstützung (bei Krankheit, Arbeitslosigkeit am Ort oder auf der Reise) wird zusammengezogen und von der Gesamtunterstützung in Abzug gebracht. Während einer Unterstützungsperiode können für den laufenden Unterstüfungsfall neue (weitergehende) Rechte nicht erworben werden. Die tägliche Wartezeit ist in jedem Unterstüfungsfalle durchzumachen. Nur bei vorübergehender Beschäftigung bis zu 12 Tagen beträgt die Wartezeit 3 Tage.

Invalidenunterstützung.

(Wird eingeschaltet zwischen Notstands- und Sterbefallunterstützung. Abf. 29 bis 44.)

Abf. 36. Die monatlichen Unterstüfungsbeträge betragen:

- nach 750 vollen Beiträgen 6 RM.,
- nach 1000 vollen Beiträgen 8 RM.,
- nach 1250 vollen Beiträgen 10 RM.,
- nach 1500 vollen Beiträgen 12 RM.

Die Zahlung an die Empfänger der bisherigen untersten Unterstüfungskategorie (nach geleisteten 520 vollen Beiträgen) wird mit dem Inkrafttreten des neuen Statutes solange eingestellt, bis sie bei fortgesetzter Erwerbslosigkeit die an 750 fehlenden vollen Marken durch ausnahmsweises Ableben von Erwerbslosenmarken nachgeholt haben. Als dann erhalten sie einen monatlichen Unterstüfungssatz von 4 RM. Dasselbe gilt auch für Kollegen, die nach dem 1. Juli 1933 invalide werden, mindestens 520, aber noch nicht 750 volle Beiträge geleistet haben.

Abf. 41. Die Unterstützung wird nach Eingehen des Antrages nebst Rentenbescheid bis zu 2 Monaten rückwirkend gewährt. Bei später einkommenden Anträgen gilt der Tag der Antragstellung.

Sterbefallunterstützung.

Abf. 45. Beim Sterbefall eines Mitgliedes . . . und zwar

nach Leistung von 156 vollen Beiträgen den 30fachen nach Leistung von 260 vollen Beiträgen den 40fachen nach Leistung von 520 vollen Beiträgen den 50fachen Durchschnittsbeitrag der letzten 26 vollen Hauptkassenbeiträge. Liegt die volle Beitragsleistung beim Eintritt des Unterstüfungsfalles länger als 1 Jahr zurück, so gilt für die Festlegung der Unterstützung der Durchschnittsbeitrag der letzten 26 Wochen der Berufsgruppe, der der Verstorbene angehört.

Begründung.

Die vorzeitige Veröffentlichung dieser Anträge soll dazu beitragen, der Kollegenchaft bei Stellung eigener Anträge den Maßstab des Möglichen näherzubringen. Aus einigen bereits eingegangenen Anträgen geht nämlich hervor, daß die nach der langen und schweren Krise eingetretene Situation den Antragstellern nicht die geringsten Hemmnisse in ihren Forderungen an die Leistungsfähigkeit des Verbandes auferlegt hat. Im Gegensatz hierzu sucht der Verbandsvorstand

1. die Beitragsleistung der Mitglieder den veränderten Lohnverhältnissen anzupassen und
2. die Gegenleistungen des Verbandes mit den Leistungen der Mitglieder in ein erträglicheres Verhältnis zu bringen.

Im ganzen betrachtet werden mit diesen Anträgen die 1932 getroffenen Notmaßnahmen den vorher bestandenen statutarischen Bestimmungen wieder näher gebracht. Ein völliger Ausgleich und darüber hinausgehend eine noch günstigere Ausgestaltung des Statuts muß einer besseren Zeit überlassen bleiben.

Der Verbandsvorstand.

Schlussrede von Peter Grafmann

auf der Betriebsrätekonferenz am 22. Januar in Berlin

Wir alle hier, ob ehrenamtliche Funktionäre oder Angestellte, ob Mann, ob Frau, ob im Betriebe oder in der Verwaltung tätig, keiner von uns wird sich über mangelnde Beanspruchung namentlich in den letzten Wochen und Monaten beklagen können. Wir alle sind überlastet. Wären daher die Gründe, die uns zur Einberufung dieser Konferenz bewogen haben, nicht so ungemein wichtig, dann hätten wir Sie aus dem Ihnen sonst obliegenden Pflichtenkreis nicht herausgerissen. Aber diese Tagung ist notwendig gewesen, ist würdevoll verlaufen, und hat ihren Zweck erfüllt. Unser Dank gilt Ihnen, weil Sie hierher geeilt sind, um sich mit uns über die Notwendigkeit einer bestimmten umrissten Taktik für die bevorstehenden Betriebsräteahlen klar zu werden. Ich möchte den Dank auch ausdehnen auf die Aussprache des Vertrauens an die Bundesleitung. Sie haben diese Vertrauensfundgebung verbunden mit einer Zurückweisung der gegen die Bundesleitung erhobenen Vorwürfen. Wenn wir diesen Dank aussprechen, so tun wir das weil wir für die Arbeit, die wir verrichten und die Sie verrichten, das gegenseitige Vertrauen nicht entbehren können. Wenn Sie das Vertrauen zur Bundesleitung oder, um es überprüft zu sagen, zu dem sogenannten Leipziger Kurs, zum Kurs des Bundesverbandes und der Verbände ausgesprochen haben, so laden Sie, weil Sie auf Grund Ihrer eigenen Tätigkeit die bisher von uns angewandte Gewerkschaftstaktik für die richtige halten und weil Sie sich zu dem höchsten Wert unserer Bewegung bekennen, zu dem Gefühl der Kameradschaft.

Sie haben einstimmig dem Ihnen von uns vorgelegten Aufruf zur Betriebsrätewahl 1933 zugestimmt. Dieser Aufruf, auf den Sie sich verpflichtet haben, verlangt die vollkommene Gesinnung der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften;

in diesem Aufruf wenden Sie sich gegen alle Versuche, die Gewerkschaften zu schwächen, gegen alle Versuche, das Vertrauen der Mitglieder zu den selbstgewählten Führern zu erschüttern, wieder aus einem naheliegenden Grunde: wie ein roter Faden zieht sich durch all unsere Veranstaltungen, bei denen wir über das fürstbare, freilebende Uebel der Zersplitterung der Arbeiterschaft klagen, die Einheit hindurch: Der Kampf der Rechts- und Linksradikalen gegen die Gewerkschaften hat sich in letzter Zeit zu einem, ich möchte sagen, Dreißiger der Meute auf den Mann ausgewachsen! Und warum? Nachdem alle Versuche, uns sachlich zu überwinden, gescheitert sind an der Festigkeit unserer Überzeugung und der Richtigkeit unserer Taktik, versucht man jetzt angesichts der wirtschaftlichen Misere das Vertrauen zu den Leuten zu erschüttern, die von Ihrem Vertrauen vom Trommelsturm herauf bis zum Führer emporgetragen wurden.

Man will Ihre Führer beiseitejagen, denn man will sich mit der Beiseitigung dieser Führer selbst der Führerschaft bemächtigen. Das ist der eigentliche Zweck.

Nachdem alle anderen Methoden, die Methode der offenen Bekämpfung, die Methode des „rin in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln“ wiederholt Schiffbruch erlitten hat, versucht man es bei den indifferenten und verzweifelten Massen mit einer Hecke auf den einzelnen Mann. Wir alle wissen, daß diese persönliche Bezugsimpfung, diese bewußte und systematische Erhabeneidung betrieben wird, um die Massen führerlos zu machen, um sie so leichter für die Zwecke mißbrauchen zu können, für die sie mißbraucht werden sollen, nämlich in parteipolitischen Sinne. Der Bundesauschuß hat auf seiner letzten Tagung aus einer anderen Veranlassung heraus ohne irgendwelche

Schärfe gegen irgendeine Person oder Korporation Wert darauf gelegt, die absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu bekunden. Wir stehen heute vor derselben Notwendigkeit. Und ich möchte die vom Bundesauschuß ausgesprochene Befundung noch steigern, indem ich sage:

Wir beugen uns keinem fremden Willen, für uns gilt nur der eigene Wille! Wir beugen uns weder den Anordnungen eines sogenannten Oberbefehl, noch beugen wir uns den Befehlen einer Landesfremden Regierung, auch nicht wenn diese Befehle über eine Institution, genannt ERF, gehen. Was wir für richtig halten im Interesse der uns Anempfohlenen und auf uns Vertrauenden, bestimmen wir und sonst niemand.

Wir in der Bundesleitung haben auf Grund unserer eigenen Entwicklung nicht nur sachlich, sondern auch menschlich doppeltes Verständnis für die harte mühselige, aufreibende und oft nur wenig Erfolg bringende Arbeit unserer Betriebsräte. Trotzdem müssen wir von Ihnen verlangen — die Betriebsräte können nicht überall sein, und die Funktionäre der einzelnen Mitgliedschaften und Ortsvereine können auch nicht überall sein —:

Ihr in den Betrieben seid eigentlich das Gerüst, das das Fleisch unserer Gewerkschaften zusammenhält. Von Eurem Willen, von Eurem Glauben, von Eurer Festigkeit und Eurer Energie hängt vielfach das Schicksal der betreffenden Gewerkschaften an den einzelnen Orten ab.

Diese Arbeit, die von Euch in Eurem wie im allgemeinen Interesse geleistet wird, kann nur erfolgreich sein — und damit unterscheiden wir uns prinzipiell von den Gegnern rechts und links —, wenn der Betriebsrat nicht nur im eigenen Betriebe sachlich und personell Bescheid weiß, sondern darüber hinaus auch Kenntnis von den allgemeinen wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen hat, wenn er zu dem gelangt, was die unerlässliche Vorbedingung für erfolgreiche Arbeit ist, für das Erkennen und das Abwägen der eigenen und der gegnerischen Kräfte.

Durch unsere Verhandlungen zog sich die Klage und der Unmut über die fürchtbaren wirtschaftlichen Verhältnisse. Ich brauche in diesem Kreise, der die Schäden einer falschen Wirtschaftspolitik tagtäglich am eigenen Leibe erlebt, an dem sie in tausendfältiger Gestalt tagtäglich vorüberziehen, über den Widerspruch einer solchen Wirtschaft nichts zu sagen. Ich glaube, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage: selbst, wenn die Arbeiterschaft einig wäre, wären heute die Schwierigkeiten, die sie überwinden müßte, riesengroß. Dieser Kampf ist aber um so schwerer, je zersplitterter, je verheßter, je verzweifelter die Arbeiterschaft ist. Darum haben wir den größten Wert darauf gelegt, in dem Aufruf, zu dem Sie sich durch Ihre Zustimmung bekannt haben, den Ruf zur Sammlung, zur Einigkeit ergehen zu lassen. Das Gedeihen und das Wachstum der Gewerkschaften ist neben politischen, neben wirtschaftspolitischen Voraussetzungen nicht zuletzt abhängig von der Arbeit unserer Vertrauensleute in den Betrieben. Darum enthält der Aufruf auch die Verpflichtung, zu werben für das, was wir für richtig erkannt haben, für unsere Organisationen.

Wir gehen nun an die Arbeit unter dem Slogan:

Wir greifen an!

Wir sind überzeugt, daß die Organisationen unserer Gegner von links und von rechts einer sachlichen Prüfung nicht standhalten. Sie können ohne Lug und Trug, ohne Verleumdung nicht mehr auskommen. Sie können sachlich gegen uns nicht kämpfen, sie müssen zu den schäbigsten und unanständigsten Methoden greifen. Daraus ergibt sich für uns, daß es Zeit ist, aus dem Zustand der Duldung, aus dem Zustand der Verteidigung herauszugehen. Wir haben viel zu lange aus einem in diesem Falle nicht gerechtfertigten Gefühl der Solidarität Rücksicht genommen auf diejenigen, die uns tagtäglich mit grinsendem Benehmen die Verleumdungen ihrer Tagesblätter vor Augen gehalten haben. Nach meinem Dafürhalten ist es eine der Aufgaben der Hammerchaften, die wir nicht umsonst gegründet haben, die nicht nur einen Teil der Eisernen Front darstellen, die gesamten Freigewerkschafter, die dem Betriebe angehören, zur Abwehr zu sammeln gegen jeden, der uns an unsern Lebensnerv greift. Es gibt keine Rücksicht gegenüber solchen Gegnern!

Darum noch einmal:

Von dieser Konferenz, die der Auftakt für den Wahlkampf ist, muß der Wille ausgehen, aus dem Zustand der Abwehr, der Duldung zum Angriff überzugehen.

Sunger und Glend, Not und Verzweiflung sind das Kennzeichen der Gegenwart. In zahlreichen Zusammenkünften haben wir immer und immer wieder unseren Jugendrat, der zum eifrigsten Glauben unseres Mannesalters geworden ist, Ausdruck gegeben in dem Gelöbnis, zu kämpfen für eine lichtvollere, für eine sonnigeren Zukunft. Wir wissen, daß wir sie nicht erwarten können von irgendeinem blinden Angeführer, daß wir sie weder herabbeten können aus dem blauen Himmel, noch etwa erringen können, indem wir das Straßengpflaster aufreißten. Wir wissen, daß wir eine solche Zukunft nur herbeiführen können, wenn wir Stunde um Stunde, Tag um Tag, Jahr um Jahr unsere Pflichten auch in der kleinsten Arbeit verrichten. Das ist es, was die deutschen Gewerkschaften auszeichnet, was sie unüberwindlich macht: diese Treue zu der unauffälligen, so unsentimentalen und trotzdem so absolut notwendigen Arbeit des Tages. An diese Arbeit des Tages wollen wir mit neuem Mut, wollen wir mit gestärkter Zuversicht herangehen.

Vor der Umwandlung unseres Münzweins

Demnächst wird das Reichsfinanzministerium in einer Vorlage an den Reichstag erklären, wie es sich die beabsichtigte Münzreform denkt. Die 256 Millionen Einmarkstücke sollen umgeschmolzen und in Zukunft nur noch aus Nickel hergestellt werden. Der Umlauf soll um 100 Millionen erhöht werden. Das Fünfmärkstück soll wesentlich verkleinert werden. Dies denkt man sich so, daß deren Silbergehalt stark erhöht wird. In Zukunft soll eine Fünfmärkstückmünze zu neun Zehnteln aus Silber und einem Zehntel aus Kupfer bestehen, bisher je 50 v. H. Um den Teil des weggefallenen Kupfergehaltes wird die Münze verkleinert.

Lassen sich die Lohnsätze allgemeinverbindlich erklärter Tarife umgehen?

Zu dieser Frage haben das Reichsgericht und auch einige Landgerichte Stellung genommen. Alle Klagen gingen von Unternehmungen aus, die sich geschädigt fühlten, weil die Konkurrenz infolge niedrigerer tarifwidriger Bezahlung ihre Preisangebote so zu stellen in der Lage waren, daß die klagenden tarifreuen Unternehmen nicht mehr mithalten konnten. Das Reichsgericht, das auch wie die Landgerichte zu einer Verurteilung der Beklagten kam, sagte in einer Urteilsbegründung unter anderem:

„Mit Recht haben die Vorinstanzen das Vorgehen der Beklagten und damit die von ihm im gewerblichen Wettkampf verwendeten Kampfmittel für unstatlich erklärt. Der Beklagte kann nicht bestreiten, daß seine sehr viel niedrigeren Preise (trotz angeblich sehr viel höherer Leistungen) zu einem sehr wesentlichen Teil nur durch die untertarifliche Entlohnung seiner Angestellten ermöglicht war. Daran vermochte auch der Umstand nichts zu ändern, wenn die betroffenen Angestellten bei fortwährendem Arbeitsverhältnis auf ihre jeweils verfallenen Ansprüche rechtswirksam verzichten konnten und rechtswirksam verzichtet hätten, wobei dahingestellt bleiben mag, ob ein solcher Verzicht im Einzelfall etwa deswegen unerbittlich wäre, weil er unter der mehr oder weniger unerklärten Drohung der Kündigung zustande gekommen ist. Beklagter wertet demnach einen durch Rechts- und Vertragsbruch erlangten gewerblichen Vorteil aus, um sich vor tarifreuen Wettbewerbern mittels seiner so überhaupt erst ermöglichten sehr viel billigeren Vergütungsätze einen Vorsprung im gewerblichen Wettbewerb zu sichern. Er nutzt damit die rechtliche Bindung der tarifreuen Firmen zu deren Schäden und zu seinem Vorteil aus. Ein Vorgehen dieser Art verstößt allerdings nach seinem Gesamtkarakter gegen die guten Sitten und damit gegen § 1 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb und § 826 des BGB.“

Mit diesem Urteilstoner hatten ehrliche Tarifpartner im Arbeitgeberlager die Möglichkeit gegen die Schmutzkonkurrenz einzuschreiten, die seit 1930 sehr stark eingesezt und über die in jeder Lohnverhandlung Stein und Bein geklagt wird. Der Wille zur Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände ließ sich jedoch in den letzten Jahren nirgends feststellen. Im Gegenteil, es wird vielmehr dem, die Tarifidee und die Interessen der tarifgebundenen Firmen schädigenden Verhalten der Außenseiter Vorschub geleistet, nur um die untertarifliche Entlohnung als Vorwand zum Lohnraub zu benutzen zu können. Die Unterstützung dieser Außenseiterfirmen geht soweit, daß Angestellte tarifgebundener Firmen sich finden, die Außenseiter bei Streitigkeiten über untertarifliche Entlohnung vor den Arbeitsgerichten vertreten. Nicht zuletzt sind es tarifgebundene Firmen, die unter Ausnützung der wirtschaftlichen Not, Recht und Gesetz bedenkenlos beiseite schieben zur Umgehung des Vereinfachten.

Angesichts dieser Verletzung von Treu und Glauben ist es verständlich, daß die Unternehmer keinen Gebrauch gemacht haben von den rechtlichen Mitteln, die ihnen die Reichsgerichtsentscheidung in die Hand gegeben. Sie haben sich damit zugleich der im Tarifvertrag verankerten Einwirkungspflicht zur Einhaltung und Durchführung des im Tarifvertrag Vereinbarten bewußt entzogen zum Schaden der Allgemeinheit. Die allgemeine Sucht nach Lohnraub war hier bei der Triebfeder. Bedenken sogenannter weißer Raben aus dem eigenen Lager wurden nicht beachtet. Eine Aenderung dieser Einstellung dürfte zunächst nicht zu erwarten sein. Andererseits kann angesichts des trostlosen Tiefstandes der Lebenshaltung weitester Teile der Arbeiterschaft ein derartiges Gebahren nicht länger geduldet werden. Die Arbeiterschaft muß, wenn die Arbeitgeber in der Erfüllung der Tarifpflicht versagen, die Möglichkeiten ausnützen, die einen gewissen Schutz gegen die willkürliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gewähren. Neben den rein gewerkschaftlichen Mitteln gibt es auch die Möglich-

keiten auszunutzen, die die Entscheidung des Reichsgerichts auch der Arbeiterschaft in die Hand gegeben hat. Diese, in richtigen Grenzen angewandt, wird die Korrektur mancher willkürlichen Unternehmermaßnahmen bedeuten.

Im Gau 8 wurde von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht und gegen eine Firma Klage auf Unterlassung angehängt, gestützt auf § 826 des BGB und § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Das Arbeitsgericht hat dem gestellten Antrag voll entsprochen und ein Auerkennungsurteil erlassen, dessen Inhalt be-
 jagt:

1. Beklagte hat es bei Meidung einer Geldstrafe von dreihundert Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen, im Bereiche des für allgemein verbindlich erklärten Lohn- und Akkordtarifes für das Muschelfalkengebiet Unterfranken und Baden seine beschäftigten Arbeiter unter diesen Lohnsätzen zu entlohnen.
2. Beklagte hat bei Meidung der gleichen Geldstrafe es zu unterlassen, sich im Wettbewerb um Arbeitsaufträge darauf zu berufen, daß sie geringere Löhne wie die tarifreue Konkurrenz zahle.
3. Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.
4. Der Streitwert wird auf 600 Mark festgesetzt.

Gedenke immer, wer du bist!

Du bist Freigewerkschafter.
 Du hast ein Bündnis geschlossen.
 Fast 14 Millionen Menschen
 Und die Besten der Arbeiterklasse
 Vieles Länder umfaßt es.

Sie wollen nichts anderes
 Als mit vereinter Kraft
 Eine neue Welt schaffen.

Alles, was den Menschen entwürdigt,
 Was ihm das Menschliche
 Zu nehmen sucht,
 Soll beseitigt werden.

Sehr und groß ist dieses Ziel.
 Wachte es, bleib ihm immer
 Und allerwärts treu.
 Dann erringst du vom Gegner
 Anerkennung und von
 Unausgeklärten Kollegen die Gefolgschaft.

Aus den Zahlstellen

Weißenstadt. Am 8. Januar fand im Volkshaus unsere Jahresgeneralversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht vom 4. Quartal. 3. Neuwahl. 4. Erörung zweier Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft. 5. Zuschriften und Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Scheller, begrüßte die Kollegen und rügte zugleich den schlechten Besuch der Versammlung. Dann gab der Vorsitzende einen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im verfloffenen Jahr. Der Kassenbericht erstattete Kollege Hüttel. Nach Einnahme und Ausgabe verbleibt ein Kassenbestand von 597,79 Reichsmark. Kasse, Bücher und Belege wurden von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Verwaltung wurden die Bisherigen wieder gewählt. Sämtliche nahmen die Wahl an. Der Vorsitzende überreichte den Jubilaren Wilhelm Hager und Georg Burucker ein Diplom nebst Geschenk und wünschte ihnen im Namen

der Kollegen noch recht viele Jahre in der Mitte der Verbandsmittglieder zu erleben. Kollege Hager sprach dafür seinen Dank aus und schloß anerkennend die Gründung der Zahlstelle Weißenstadt. Kollege Albrecht Schobert wünschte, das 25jährige Bestehen der Zahlstelle durch eine kleine Veranstaltung zu feiern. Beschlossen wurde, dies der Verwaltung zu überlassen. Unter Vorsitzendem wurde eine Zuschrift zur Kenntnis gebracht. Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 140. Ausgetreten sind im vergangenen Jahre 24 Kollegen. (Bitte, nicht das Manuskript auf zwei Seiten beschreiben. Reb.)

Striegau. In der Jahreshauptversammlung am 15. Januar gab der Vorsitzende, Kollege Müller, den Jahresbericht von 1932. Für die Hauptkassiere war eine Einnahme von 19620,50 Mark, eine Ausgabe von 25 695,10 Mark zu verzeichnen, so daß ein Zufluß von 6 074,60 Mark erforderlich war. Dieser Zufluß entstand durch die Invalidenunterstützung, die an 107 Invalide zur Auszahlung kam.

Für die Ortskasse war die Einnahme 9872,80 Mark, Ausgabe 8337,88 Mark, mithin verblieb ein Bestand von 1539,92 Mark. Die örtliche Krankenzuschkasse hatte mit Bestand von 1931 16 620,71 Mark Einnahme und 9858,50 Mark Ausgabe als Kassenbestand verblieben 6762,21 Mark.

Mitgliederbewegung: Ende 1931: 2115, Ende 1932: 2007, Verlust: 108, davon durch Tod 11; verzoogen, ausgetreten, gestrichen waren 97.

Im Jahresdurchschnitt waren 1564 Mitglieder arbeitslos. Die größte Arbeitslosigkeit war im Januar mit 1999, die geringste im Oktober mit 1223 Mitgliedern. Die höchste Zahl der Beschäftigten war im Oktober mit 871. Ende 1932 waren 696 beschäftigt. Der Berichtstatter gab auch die Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Fachgruppen verteilt bekannt und beleuchtete den volkswirtschaftlichen Schaden der Arbeitslosigkeit ziffermäßig. Die Zahlen bewiesen das große wirtschaftliche Elend der Kollegen und das wirtschaftliche Leben der Geschäftswelt, die von dem Einkommen der Arbeiter zum allergrößten Teil abhängig ist. Mit Recht war der Berichtstatter die Frage auf: Welche Regierung wagt es, welche Behörde kann es verantworten, dieses Elend mit seinem Mißbrauch noch zu vergrößern durch Unterstüßungsraub? Welcher Unternehmer, welcher Schlichter wagt es, angesichts dieses Elendes den Arbeitern noch Lohnföhrungen zuzumuten? Mit großem Interesse lauschten die Kollegen den Darlegungen des Kollegen Müller. Daß seine Schilderungen zutreffen, wurde durch die Kollegen bestätigt. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, sämtliche Wahlen, wie Vorstand, Revisoren, Beisitzer, Tarifamtsbeisitzer und Delegierte zum Ortsauschuß zurückzustellen, bis der notwendig gewordene Zusammenfluß mit der Zahlstelle Häslich vollzogen ist.

Goldap. Am 6. Januar Generalversammlung im Gewerkschaftsraum. Der Vorsitzende, Kollege Dreger, begrüßte die Erschienenen und gab die Tagesordnung bekannt. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde gutgeheißen. Der Kassenbericht zeigt parsame Geschäftsführung. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer, Kollegen Eisner, Entlastung erteilt. Der Kartelldelegierte, Kollege Kollaja, gab Bericht von der Kartellprüfung, die sich mit der Vorschlagsliste zum Verwaltungsauschuß des Arbeitsamts befaßte, und im weiteren Neuregelungen für die Erhaltung des Gewerkschaftsraumes traf. Im Jahresbericht wies der Vorsitzende auf die schlechten Arbeitsmöglichkeiten im Jahre 1932 hin. Im Straßenbau wie beim Steinbruch wurden nur kleinere Arbeiten ausgeführt. Die Notverordnungen der Papen-Regierung hatten schlimme Auswirkungen. Einige Kollegen haben dem Verbandsrat die Rücken gekehrt. Diese wieder zu gewinnen muß Aufgabe jedes einzelnen sein. Bei der Vorstandswahl wurden außer zwei Revisoren die alten Funktionäre wiedergewählt. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit der Mahnung zur Einigkeit geschlossen.

Röslin. Am 15. Januar fand für den Tarifbezirk im Volkshaus zu Röslin eine Bezirkskonferenz statt. Die Zahlstellen waren bis auf drei vertreten, auch der Gauleiter, Kollege Ritsche, war erschienen. Die Tagesordnung war durch Rundschreiben den Zahlstellen bekanntgegeben. Der Bezirksobmann, Kollege Müschow, gab einen kurzen Jahresbericht. Bei Lohn- und Tariffragen gab Kollege Ritsche bekannt, daß die Lohnverhandlung am 23. Januar in Schlawe stattfand. In die Lohnkommission wurden die Kollegen Gustav Neumann (Belgard), Max Kramer (Stolp), Franz Eiert (Schivelbein), Joseph Czaja (Lauenburg) gewählt. Die Wahl zum Gesellenauschuß bestimmte die Kollegen Ernst Greinke (Schlawe), Emil Raue (Kolberg), Hugo Bowersdorff (Röslin). Der Bezirksobmann wurde einstimmig wiedergewählt. Darauf erfolgte die Regelung der Bezirksbeiträge und Entschädigung für die Bezirksverwaltung sowie der Spesen der Delegierten. Der Gauleiter referierte über Neugestaltung des gekündigten Reichstarifs; in nächster Zeit finden Verhandlungen statt. Die Delegierten waren sich einig, einen weiteren Lohnraub nicht zuzulassen. Um 4.30 Uhr fand die anregende Bezirkskonferenz ihren Abschluß.

Kottbus. Die am 15. Januar 1933 stattgefundene Generalversammlung der Filiale beschloß, den Posten des Vorsitzenden und des Kassierers in eine Hand zu vereinigen. Kollege Zittner wurde mit diesen beiden Ämtern betraut. Im Namen der Versammelten sprach dieser dem Kollegen Joseph Barnitzke, der die Filiale Kottbus gegründet und 34 Jahre lang den Kassiererposten zur größten Zufriedenheit der Kollegenschaft verwaltet hat, den Dank für seine langjährige Tätigkeit aus. Kollege Barnitzke wurde darauf einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der Zahlstelle gewählt.

Oberhörden. Am 12. Januar fand hier die Generalversammlung der Zahlstelle statt, zu der auch der Bezirksleiter, Kollege P. Horn, erschienen war. Nach üblicher Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde die Tagesordnung festgesetzt, worauf Kollege Horn die neuen Veränderungen innerhalb der Invalidenversicherung erläuterte. Die Anwesenden nahmen das mit Dank auf, da über Verschärfung dieser Versicherung Unklarheit herrschte. Dann gab der Vorsitzende, Kollege Schmitt, einen Rückblick über 1932, den Stand der Zahlstelle und des Betriebes. Dabei wurde festgestellt, daß 1932 bei verringerter Belegschaft eine Produktionssteigerung gegen 1931 mit größerer Belegschaft stattgefunden hat. Gerügt wurde, daß wir am Ort durch die Unorganisierten in den umliegenden Betrieben im Lohn schwer geschädigt wurden. Die verschiedenen Lohnverhandlungen haben das jedesmal bestätigt. Trotz aller Bemühungen konnte dieser Zustand bis jetzt nicht beseitigt werden. Beschlossen wurde, daß den Kollegen nach längerer Krankheit eine kleine örtliche Unterstützung von Fall zu Fall bewilligt wird. Zum Schluß der Versammlung besprach Kollege Horn die brennendsten Fragen der Gegenwart. Die Versammlung schloß mit dem Wunsch, nur stets zum Besten unserer aller im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands zusammenzuhalten.

Wilsnig. Die Zahlstelle hatte am 15. Januar ihre Generalversammlung mit Abrechnung und Neuwahl. Bei der Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende Kollege Kroll unseres Mitkollegen Philipp Bastian, der am 15. Januar 75 Jahre alt wurde. Mit anerkennenden Worten schilderte er das Leben Bastians, der den Aufstieg der Steinindustrie in Wilsnig erlebt hat, aber auch deren Untergang mit anhat. Bastian ist mit seinen 75 Jahren das älteste Mitglied unserer Zahlstelle, ja man kann sagen, eines der ältesten mit in ganz Deutschland. Vor 25 Jahren hat er noch fest den Knüppel geschwungen, ist körperlich noch wohlhaft und ein eifriger Besucher unserer Versammlungen. — Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Mit der Mahnung, fest zusammenzuhalten im Verband, schloß die Versammlung.



Schaut ihn an, so steht er aus!
 Spechtling aus berühmtem Haus.
 Soll ich seinen Namen nennen?
 Inaach, jeder wird ihn kennen!
 lange Ohren, schnäffelt gern,
 interwürdig, dient dem Herrn,
 dumme geboren, arbeitswillig,
 leberstark, schmeißt billig.

Märgel, selbst, hat 'nen Klaps,
 Patriotisch, weißt Schmöps,
 Vollenbüßer, schimpft nach Westen
 Auf die Bonzen, auf die Kolen,
 Denkschal, kaldrig, überpannt,
 Schaut den Beitrag zum Verband,
 Kocht ihm der Verband des Essen,
 kommt er, um für zwei zu freßen!

brauche keine
 Organisation!

Zu dem Vorstehenden, das „Der Steinarbeiter“ bereits vor einigen Jahren gebracht hat, aber immer aktuell bleibt, paßt ausgezeichnet ein längerer Reim im Wahren Jakob Nr. 4 vom 8. Januar. Unseren Lesern möchten wir diesen Reim nicht vorenthalten, obwohl anzunehmen ist, daß eine Anzahl Verbandsmitglieder den Wahren Jakob, diese bekannte, sozialistische, vorzüglich redigierte und ausgestattete, politisch-satirisch-humoristische Wochenschrift abonnieren. Also est's und gebi's weiter:

Der „rrrevolutionäre“ Unorganisierte

Wer hätte ihn nicht schon einmal gesehn
 In der Kneipe an der Tische hehn,
 Es fällt ihm vor Kraft das Laufen schwer,
 Er fühlte sich sehr „rrrevolutionär“.
 Oft berührt sein Zeigefinger die Stirne —
 Er bedauert die „weiche Birne“
 Mit nicht nachquahmender Gebärde
 Jener von ihm sogenannten Hammelherde,
 Die heute noch den Bonzen nachläuft —
 Erkauft — in rrrevolutionärem Jörn —
 Noch 'ne Molle, noch 'n Korn.

Alles an ihm ist groß;
 Selbst seine Stimme!
 In wildem Grimme legt er los:
 „Wat, Beiträje bezahl'n, bei dir spiel'n se woll,
 soon Köhl

Ne, kommt bei mir janiich in Frage. —
 Ne, damit die Bonzen jute Tage leben
 Soll id fleben?
 Ne, kanns bei mir janiich geben,
 Mensch, id krieger meinen Tarif ooch so.
 Mensch, der wird doch verbindlich erklärt
 Und denn hab ich doch schon denselben Lohn:
 Mensch, wie du.
 Laß mir in Ruh —
 Id kann mein Feld alleene brauchen.
 Damit die Bonzen dide Zigarren rauchen,
 Sich'n biden Bauch anfreßen,
 Soll id mir auspressen wie 'ne Zitrone?
 Nicht die Bohne.“
 Sagt er und bestell't voll Jörn:
 „Noch 'ne Molle — noch 'n Korn.“

„Na Mensch, det könnte die so passen,
 Mensch, id kann mir vor Lachen kaum fassen. —
 Krüher, da war id ooch mal so deemlich,
 Da war id ooch mal organisiert.
 Wat denkst du, wat mir da passiert?
 Id seh nach'n Baband.
 Mensch, id valier den Bafstand,
 Id krieger heut' noch die Kränke,
 Wenn id dran denke. —
 Also stell dir vor, — da is'n Mann
 Der kiest sich meine Karte an,
 Gen Buch hatte id noch nich —

Und sagte, was willst du Kollege,
 Mensch, det id mir nich zu doll uffreje —
 „Mir paßt der Jörn —
 „Proßt — noch 'ne Molle noch'n Korn.“

Also id sage, id bin arbeitslos,
 Kann id nu Unterföhrung kriegen,
 Id muß doch leben. —
 Ne, du mußt erst 52 Wochen kleben
 Sagt der Bonze — ein ganzes Jahr —
 Wat denkst du, wie mir da war?
 Id hab velleicht geseucht,
 Der Bonze hat mir wat klarzumachen versucht
 Von freie Marken mit'n Schuß im Juten —
 Von weijen schwarze Marken un Statuten un so.
 Wat, hab id gesagt, id seh' zur RGD. —
 Sechsunndreißig Wochen hab id jellebt,
 Ihr habt von mein Feld jellebt —
 Det nennt ihr Solidarität,
 Det is ja noch schlimmer als wat in die „Kote
 Fahne“ kiest,

Ihr seid ja noch nichmal 'n richtiger Unter-
 föhrungsverein,
 Sonst würde't mit mir jekt ganz anders sein —
 Mensch, du Bonze, und det nennt ihr Klassen-
 kampf,
 Id mach dir Dampf . . .
 Hier hatte den Dred. —
 Den Bonzen hiebt velleicht die Spunde weg.
 Id schmeiß ihm de Karte vor de Beene
 Un ließ'n alleene.
 Na und bei die RGD.
 Wat nich velle anders, da wart ebenso,
 Da bejann der Quatisch von vorn.
 „Proßt — noch 'ne Molle — noch'n Korn.“

Na, schließlich, wat soll id dir sagen,
 Wollt id ooch mal 'ne scheene Uniform tragen,
 Mensch, dacht id, det macht doch Laune,
 Machst de Mode mit int Braune. —
 Id hatte velle von Hitler jehört
 Und det uff den Anstreich de ganze Welt schwört.
 Id dachte mir, Mensch, det is neu,
 Nehste dahin, nich zu Immertreu.
 Aber da bin id erst in een Sumpf rinjeraten,
 Mensch, der stinkt aber erst, der Staten.
 Kewiß, det is nich jeloogen. . . .
 Bald war id als SA-Mann fein angezogen.

De Kofen wer'n uff dein Konto jeschriebe —
 Mensch — eens mußte aber vatehn —
 Det Fechtenjehn.
 Mensch, die drüch da velleicht wat in de Hand,
 Da mußte sechten ant loofende Band
 Mit Sammelbons, mit Sammellisten,
 Die neh'm Jeld ooch von die Juden,
 Nicht bloß von de Christen.
 Mensch — die könn velleicht Jeld tu leiden,
 Ob von de Katholiken oder de Heiden,
 Die neh'm in jedem Falle an liebtien von alle.
 Und eenes Tags bin id, wie man jagt, abjekommen
 Mit det uff de Sammelisten gesochene Jeld —
 Da jam se mir 'ne Weile nachjestellt.
 Id hab jefragt, wat se von mir wolln,
 Se sagten, det se mir ja janiich jrollen,
 Von weijen det verbratene Jeld,
 Ne, beswejen hätten se mir nich nachjestellt,
 Se wollten wissen, ob id ooch dichte bin,
 Det war en langet Jemedere her und hin —
 Schließlich mußte id vor die pubertätigen Jöhren
 Mit heiliger Miene Verschwiegenheit schwören.
 Det sind de Pg.'s. Mensch, —
 Wenn id an die denke, paßt mir der Jörn:
 „Proßt — noch 'ne Molle — noch'n Korn.“

Id will von de ganze Bande nich wissen,
 Bei mir sind je alle mitnander beschmissen
 Mit Dred von unten bis über de Ohren —
 Mensch, id bin doch ooch ohne Partei un Jewert-
 schaft jeboren —
 Papen hat sich ja ooch in Rundfunk beklagt,
 Det ihm det mit die Parteien nich behagt,
 Und der is ja von Herrenklub, reaktionär,
 Id bin aba wahrhafti rrrevolutionär.
 Nach kiest id feste uff meine Beene
 Un mach mir meinen Dred allene —
 Mir fällt det velle Denken an sich schon schwer,
 Id kenne keene Parteien mehr,
 Id bin idhaupt jeben Reijierung un Thron,
 Id mach janz alleene Revolution.
 Id kiest janz alleene uff die Barrikaden,
 Blut will id seh'n, wech mit Schaden.
 Na, da biste daff, da biste kiest'n,
 Det hat de Welt noch nich jeseh'n.
 Bei mir da hängte, bei mir nur Klüeda,
 Det jiebt's nur eenmal, det kommt nich wieda —
 Sprach's, trant seine Molle aus.
 Und tortelste beoffen nach Haus. K. O.

Rundschau

NSDAP und Betriebsräte. Im Hinblick auf die kommenden Betriebsrätewahlen lassen wir im nachstehenden eine Reihe von nationalsozialistischen Äußerungen und dergleichen folgen, die beweisen, daß die NSDAP der ganzen Einrichtung der Betriebsräte feindlich gegenübersteht und sie heute nur wünscht, um sie später um so sicherer zu zerschlagen.

Der nationalsozialistische „Stürmer“ in Nürnberg veröffentlicht im Jahrgang 1930 in Nr. 16 folgendes Gedicht:

„Euer Feind ist nah,
Weil Hitler lebt,
Das Betriebsratssterben da,
Weil's Dritte deutsche Reich erhebt.“

Das Betriebsrätegesetz ist nur zu dem Zweck geschaffen worden, um die Herren Sozialisten wirtschaftlich unterzubringen, die sonst infolge ihrer geistigen Beschaffenheit meistens arbeitslos wären.“

NSDAP-Führer Land in Nr. 275 des „Freiheitskampfes“ vom 26. 11. 31. Der „Freiheitskampf“ ist das offizielle sächsische Organ der NSDAP.

„Wir werden innerhalb jedes Betriebs einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber vertreten sein müssen.“

Dr. Alfred Pfaff in seiner Broschüre „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“, Deutscher Volkswirtschaft, München, Seite 14.

Ausgesprochene NSDAP-Betriebsräte sind fast stets Verfallener. In ihrer Hilfslosigkeit gegenüber wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen bieten sie oft einen kümmerlichen Anblick.“

Führerzeitung des Reichsverbandes Vaterländischer Arbeitervereine vom Februar 1932. Das müssen sogar die „Gelben“ von der NSDAP befennen.

Die Nationalsozialisten sind gegen Betriebsräte und Wirtschaftsdemokratie, denn der Ertrag sinkt, wo das Geschwäg anfängt. Es muß endlich mit den unerträglichen demokratischen Abstimmungen in den Betriebsräten, die ein Restbestand der bolschewistischen Soldatenräte sind, aufgeräumt werden.“

NSDAP-Abgeordneter Federer in seiner Rundfunkdiskussion mit Prof. Kötting am 3. 1. 31.

Recht bezeichnend ist auch eine Mitteilung, die der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, in Nr. 172 vom 24. 7. 32 macht. Sie zeigt deutlich, was die Unternehmer sich von der NSDAP, von ihrem Dritten Reich, erhoffen. Danach hat ein Arbeitgeber des Hotelgewerbes gegenüber einem Betriebsratsmitglied seines Betriebes im Juli v. J. erklärt:

„Mit Ihrer Betriebsratsherrlichkeit wird es bald vorüber sein. Dann gibt es auch keine Tarife mehr, und die Löhne und Arbeitsverhältnisse werden dann genau so geregelt, wie wir Arbeitgeber es wollen. Auch die Gewerkschaften werden dann nichts mehr zu bestimmen haben, sondern wir machen, was wir für notwendig halten. Die Zeiten werden bald anders, und das ganze alte System wird beseitigt.“

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen:
Sonnabend, 18. Februar.
In Reichenbach, Culengeb., um 14 Uhr bei Beder.
Sonntag, 19. Februar.
In Berlin Steinseher und Berufsgenossen um 10 Uhr in den Brunnenläden, Brunnenstr. 15.

Eltmann a. M. Der Werkplatz Steinindustrie C. Vetter ist wegen Lohnunterschieden unbedingt zu meiden.

Bamberg. Mit der Firma „Arbeitsgemeinschaft Bezirk Bamberg“ bestehen dauernd Tarifstreitigkeiten; sie darf deshalb mit Arbeitsangeboten nicht behelligt werden.

Buchenau. Im Betrieb der Eisfelder Steinwerke A-G. sind fast dauernd Tarifstreitigkeiten. Jeder aufrechte Steinmetz meidet deshalb diesen Betrieb.

Leipzig. Die Straßenbau-Unternehmer Friedrich Karl Schaaf, Edwin Berger, Johann Moser und August Walde haben w i l l k ü r l i c h den Lohn von 1,10 Mark auf 0,90 Mark herabgesetzt. Kein Kollege darf dort arbeiten. Streik! Reverse sind nicht zu unterzeichnen. Vor jeder Arbeitsaufnahme muß erst beim Vorsitzenden der Zahlstelle II Erkundigung eingeholt werden.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung erfolgt am Mittwoch, 15. Februar, von 10 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr im Verbandsbüro.

Chemnitz. Achtung Steinseher und Granithauer! Die Wohlfahrtskasse hat ab Januar 1933 der Steinseher Kollege Rudolf Neumann, Oststr. 159, III, übernommen.

Steinbildhauer! Anlässlich des 13. Verbandstages haben wir aus unseren Reihen einen Delegierten zu stellen. Unser Berufskollege Scheibe, Berlin, übt seine Obmannfunktion für die Bildhauer nicht mehr aus. Die Bildhauer der Zahlstelle Dresden werden von ihren 20 Kollegen einen Kandidaten aufstellen. Es ist angebracht, daß die Steinbildhauerkollegen im Reich sich mit dem Obmann der Dresdner Bildhauer — W. Liebers, Dresden 19, Augustburger Straße 49, III — in Verbindung setzen.

Für vollständigen Rundfunk. Seit Monaten herrscht im Rundfunk eine Bürokratie, die bemüht ist, ihn einseitig den reaktionären Kräften dienlich zu machen.

Gegen diese Bestrebungen richten sich die in der freien Funkzentrale vereinigten Spitzenorganisationen der Arbeiterbevölkerung (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, AFV-Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Sozialistischer Kulturbund, Arbeiter-Radiobund), die Abwehrmaßnahmen treffen und zur Bildung einer „Front der Freiheitlicher Hörer“ aufrufen.

Die von der freien Funkzentrale kürzlich in Berlin veranstaltete Rundgebung soll eine über das ganze Land gehende Bewegung gegen die Diktatur im Rundfunk eröffnen.

Eine Lichtbildserie über Karl Marx. Zum 50. Todestage von Karl Marx bringt der Film- und Lichtbilddienst der Partei, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eine Lichtbild- und Bildbandserie heraus unter dem Titel „Karl Marx — Sein Leben und Wirken“. Alles was an Illustrationen aus Marx' Leben vorhanden ist, wird in dieser Serie gebracht, die nicht nur als Biographie von Marx von großer Bedeutung ist, sondern auch die ganze Zeitperiode seines Wirkens darstellt. Die Serie hat 71 Bilder. Das Bildband kostet 5,75 Mark. Die Leihgebühr für die Lichtbildserie beträgt 5 Mark pro Tag zuzüglich Porto und Verpackung. Der Preis einer Diapositivserie beträgt 65 Mark. Für Karl-Marx-Festern können auch geeignete Filme und Schallplatten bezogen werden. Das Verzeichnis wird auf Wunsch kostenlos übersandt. Ferner erschien ein Bildband mit 67 Bildern über das Internationale Kinderrepublik-Zeltlager der Roten Falken 1932 in Paris“. Preis 5 Mark.

In alter und neuer Zeit. Von der modernen Frau wird das Recht reklamiert, schon zu sein. Es dürfte auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Frauen von heute besser aussehen, als jemals in einer Kulturperiode vor dem. Dies trifft namentlich auf die breite Masse des Volkes zu. Die Kosmetik ist heute nicht mehr ein Vorrecht der Besitzenden. Auch die Arbeiterfrau wendet sie an. Dies ist gut so. Ein Glüd aber ist es, daß folgende Bestimmung sich nicht mehr in Kraft befindet, welche das österreichische Gesetzbuch vom Jahre

1770 gerte. (Wir entnehmen dieses Zitat der „Österreichischen Anzeiger-Zeitung“ Nr. 320):

„Ein jedes Weib, das einen männlichen Untertan seiner Majestät in die Bande der Ehe verstrickt, indem es mit Rot oder Weiß sein Gesicht verhöht oder durch Wohlgerüche, Essenzen, künstliche Zähne, Wattierungen, Korsettstangen, Keifen unter den Köden, erhöhte Absätze und falsche Hüften sich ein anderes Aussehen gibt, als es von Natur besitzt, soll wegen Irreführung unter Anklage gestellt werden. Die auf solche Art erschlichene Ehe wird für null und nichtig erklärt.“

Heute müßte manche Ehe für null und nichtig erklärt werden, wenn es sich herausstellte, daß die Frau zum Teil sich der obigen Dinge bedient. Manche Dunkelmänner sehnen sich auch jetzt noch nach solchen Bestimmungen.

Briefkasten

B. 200. Solche Adressen geben wir nicht an. Vielleicht kann die Anfrage durch die an deine Adresse übermittelte Zeitung der „Arbeiter-Samariter“ erledigt werden?

B. 3. In deinem Falle läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob eine Anfechtung im Prozeß Erfolg hat. Der Kauf des Grundstücks wäre sicher nicht von Dir vorgenommen worden, wenn nicht Dein Bruder die Schwierigkeiten wegen seiner Frau hätte. Es ist möglich, daß das Gericht annehmen wird, daß nur deshalb die Ueberschreibung des Grundstücks auf Dich herbeigeführt worden ist, damit die Frau wegen ihrer Unterhaltsansprüche nicht mehr an das Grundstück mit Zwangsvollstreckung heran kann. Das allein würde aber schließlich nicht ausreichen, einer Anfechtung Erfolg zu verschaffen, es muß noch hinzukommen, daß diese ganze Handlungsweise, wenn man sie bei Berücksichtigung aller Umstände beurteilt, gegen die guten Sitten verstößt. Wäre anzunehmen, daß das Gericht im Falle eines Prozesses hiervon überzeugt wird, dann wird auch die Anfechtung Erfolg haben. Gegen die guten Sitten würde Dein Erwerb des Grundstücks dann verstoßen, wenn Du nicht den wahren Gegenwert dafür gegeben hättest. Wir stützen uns bei dieser Auskunft auf § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — Die zweite Frage ist damit auch erledigt.

Adressenänderungen

- Gau:** Syd. Vorf. Gustav Gabriel, Kaiser-Wilhelm-Straße 126.
- Gau:** Grubine. Vorf.: Johann Bläcker, Ellguth, Post: Lamsdorf-Land. Kass.: Paul Betschell, Schmittsch, Neustadt-Land, D.-Schl. — Königshain. Vorf.: Fritz Friebe, Thiemendorf, Post Reichenbach, D.-L.-Land. Kass.: Ernst Martin. — Trebnitz. Kass.: Joh. Raubinger, Marktstr. 1.
- Gau:** Weichselburg. Vorf. in der Vertretung: Wilhelm Hüttinger, Rochlitz i. Sa., Zwidauer Str. 11.
- Gau:** Bohum. Vorf.: Heinz Hettche, Robert-Str. 66. Kass.: Wolf Sänger, Böttchstr. 20. — Dümmlinghausen. Vorf.: Hermann Theis, Am Kamp. — Köln. Kass.: Joh. Stecker, Blaubaach Nr. 88, II.
- Gau:** Bamberg. Vorf.: Joseph Eichfelder, Theresienstraße 28.
- Gau:** Klein-Rosenburg. Vorf.: Adam Bollert, Ebert-Straße. — Kinderhagen. Vorf. u. Kass.: Joh. Bretthauer II, Kirchweg 52.
- Gau:** Aueleben. Vorf.: Karl Sprenger, Steinrichter, Obere Bamburg b. Aueleben, Post Uslar-Land.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Geschäftsordnungen und Geschäfts- und Dienstanweisungen für Krantentassen.“ Von August Heilmann, Halle an der Saale. Einzelpreis 2,75 Mark. — Verlagsgesellschaft deutscher Krantentassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

„Erläuterung der Hülle praktischer Anweisungen, die in dem handlichen Büchlein auf 249 Seiten zusammengefaßt ist. Das erforderliche Wissen über die Aufgaben und den Geschäftsbetrieb der Krantentassen ist in einer übersichtlichen Darstellung niedergelegt. Die Abwicklung aller Geschäftsvorfälle in den Sitzungen und an den Arbeitsplätzen der Angehörigen wird auch dem weniger eingeweihten Leser anschaulich. Die Erfahrungen eines Sachmannes finden in dem Handbuch jedenfalls ihren Niederschlag. Den Krantentassenverwaltungen kann es eine Bereicherung ihres Verwaltungsrüstzeuges sein. Ob das Handbuch ein praktischer Wegweiser für alle Krantentassenangehörigen bei allen ihren Obliegenheiten darstellt und ob es in seiner Aufmachung eine Lücke in der Krantentassenliteratur ausfüllt, das werden die Berufsbildigen zu entscheiden haben; wir nehmen es als Leser an und können allen Berufskollegen, die im Krantentassenwesen eine Funktion ausüben, die Anschaffung empfehlen.“

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift, Ausgabe A Preis 35 Pfennig, Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 45 Pfennig. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Gotthard Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Infanteriestraße 6a. Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mark.

Gewerkschafts-Wochenblatt. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jwing, Jena. Verlag Karl Jwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,00 Mark.

Anzeigen

Berlin
Für alle der Zahlstelle Berlin angehörenden Mitglieder am Montag, 20. Februar, 18 Uhr, Saal 1 des Gewerkschaftshauses
Vierteljahrsgeneralversammlung
Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Quartal 1932 und Jahresbericht. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung, I. A. Martens.

Diethensdorf
Sonnabend, 18. Februar, 14 Uhr, in Stegers Restaurant öffentliche **Steinarbeiterversammlung.** Alle Berufskollegen haben die Pflicht, zu kommen, denn die trostlose Lage der hiesigen Steinarbeiter zwingt uns zum Zusammenschluß. Anschließend Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl einer Ortsverwaltung, 2. Lohnfragen.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtl. Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Taske, Berlin N31
Brunnenstraße 82

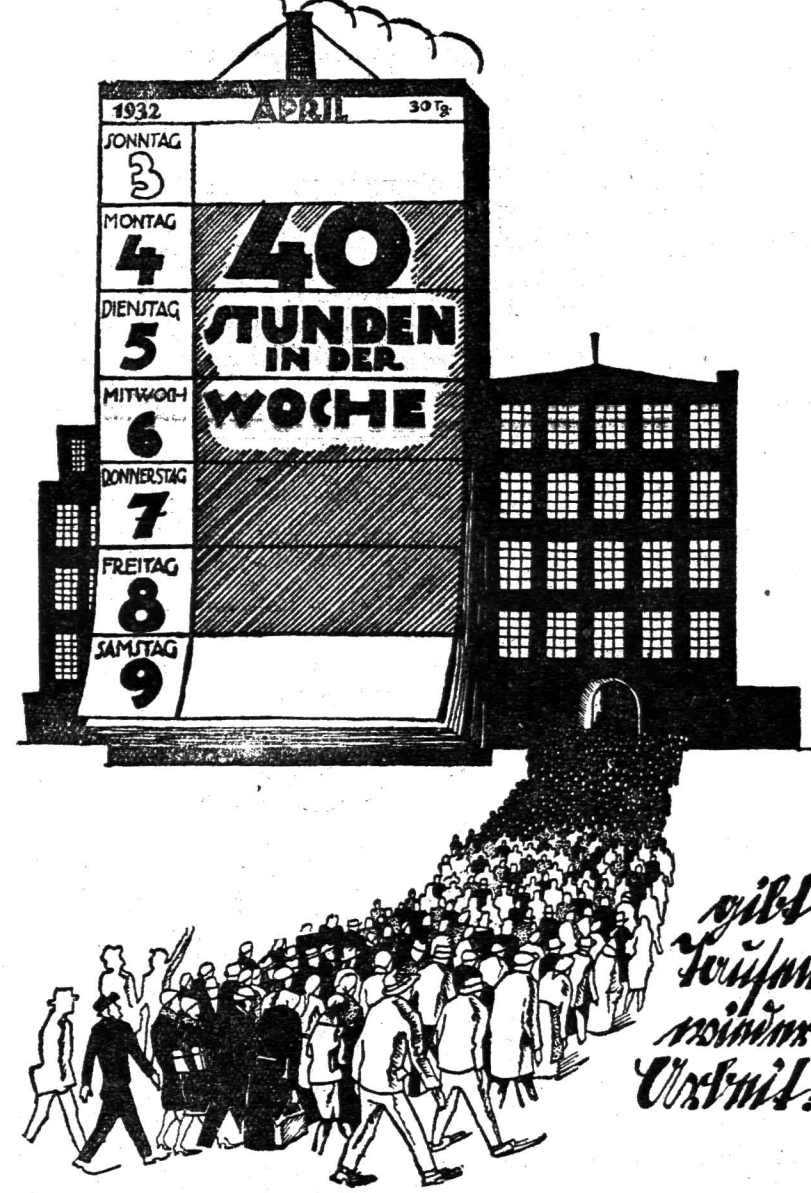
Die Bezugsquelle
für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufscollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**
Berlin S 14, Inselstraße 6a. Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Lörrach. Am 3. Januar der Schriftführer Wilhelm Stolzenhaller, 24 Jahre alt, Freitod.
 - Prenzlau. Am 7. Januar der Rammer August Behm, 65 Jahre alt, 3 Jahre krank, Magenkrebs.
 - Lobusa. Am 21. Januar der Steinsetzer Willi Lehmann, 42 Jahre alt, 10 Tage krank, Kopfrippe.
 - Weimar. Am 27. Januar der Steinmetz Paul Merten, 55 Jahre alt, 3 Jahre krank, Staublunge.
 - Dresden. Am 27. Januar der Sandsteinmetz Paul Brandt, 60 Jahre alt, 7½ Jahre krank, Staublunge.
 - Gommern. Am 28. Januar der Brecher Hermann Seifert, 62 Jahre alt, Herzschwäche.
 - Magdeburg. Am 28. Januar der Steinmetz Wilhelm Mühlberg, 65 Jahre alt, 5 Jahre krank, Staublunge.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Biedler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



Kollegen, seid auf dem Posten!

Als Entwicklungsergebnis der letzten Wochen haben wir die geeinigte Reaktion vor uns. Großkapitalisten, Reaktionäre und NSDAP, haben sich des Staatsapparats bemächtigt und sind gewillt, ihn rücksichtslos gegen das arbeitende Volk zu gebrauchen. Es geht jetzt um Biegen oder Brechen. Der Faschismus ist in Deutschland auf legale Weise zur Macht gekommen. Diese Macht soll nunmehr durch Mehrheit der Wählerschaft gestützt und untermauert werden. Das Volk soll sich am 5. März für oder gegen das faschistische Experiment entscheiden.

Was die Gewerkschaften in 50 Jahren aufgebaut und an sozialen Rechten errungen haben, was die Sozialdemokratie für Freiheit, Arbeit und Frieden geleistet hat, all das soll jetzt rücksichtslos beseitigt werden. Der ganze Stolz des Faschismus richtet sich gegen die Arbeiterklasse.

Es war ein Schauspiel für Götter, zu sehen, mit welchen Jubelstößen die großkapitalistischen Blätter die Proklamation des Führers einer angeblichen Arbeiterpartei unterstrichen. Die Unruhen im Lande, das freche Auftreten der Privatarmee Hitlers, die zahlreichen Toten und Verletzten deuten darauf hin, daß in Deutschland jetzt ein Regiment der einseitigen faschistischen Parteiherrschaft rücksichtslos eingeführt werden soll. Demonstrationen dagegen werden verboten. Sit doch sogar ein im Gemenge erschossener SA-Mann

auf Staatskosten mit großem Pomp beerdigt worden. Eine Ironie, daß dieser so verherrlichte Märtyrer einer Partei, die das Deutschtum gepachtet zu haben glaubt, einen polnischen Namen trug.

Für die deutsche Arbeiterbewegung hat die schlimmste Periode seit ihrem Bestehen begonnen. Die Zustände der Vorkriegszeit werden demgegenüber als freizeilig bezeichnet werden müssen. Wir treten in einen Wahlkampf ein, der von der Gegenseite mit Hilfe der staatlichen Machtmittel durchgeführt wird. Der Wahlkampf richtet sich einzig und allein gegen die Freiheit der Arbeiterklasse. Der Arbeiter soll wieder zum stummen und rechtlosen Untertan gemacht werden. Er soll Arbeitslos werden, der sich willenlos, struppellose Parteifunktionären zu unterwerfen hat. Wenn das gelingt, wird von Arbeiterrechten, Arbeiterschutz und ähnlichem wahrscheinlich nicht mehr gesprochen werden können. Die Pläne zur Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums reden eine deutliche Sprache. Die deutsche Arbeiterklasse geht mit verbissenen Zähnen in diesen Wahlkampf. Sie rafft ihre letzte Kraft auf, um den blutigen Terror einer faschistischen Parteidiktatur abzuwehren.

Deshalb auf in den Kampf für Freiheit und Menschenrechte!